

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Bautzen u. der Bürgermeisterei zu Bischofswerda u. Neukirch (S.) beständig bestellte Blatt, enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda u. and. Behörden.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage Frau und Heim - Landwirtschaftliche Beilage. - Druck und Verlag von Friedrich Wagn. in Bischofswerda. - Postcheck-Konto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgeldkassa Bischofswerda Konto Nr. 64

Abbestellungspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei ins Haus halbmöndlich RM. 1,50 beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 40 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei ins Haus halbmöndlich RM. 1,50 beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 40 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Anzeigenpreis: Die 45 mm breite einpaltige Millimeterzeile 8 Pf. Im Zeitteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Pf. Nachfolgend nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 288

Freitag, den 10. Dezember 1937

92. Jahrgang

## Im Kolonien und Mandate

Der klare deutsche Kolonialanspruch - Auch Polen wünscht Kolonien - Die Mandatsmächte England und Frankreich im Nahen Osten in Schwierigkeiten - Militärische Maßnahmen Englands in Ägypten - Die Freiwilligenfrage in Spanien immer noch ungeklärt

In Europa ist in der letzten Woche viel über die Kolonialfrage debattiert worden. Der Halltag-Besuch in Deutschland hat den internationalen Störstreifen wieder einmal Gelegenheit gegeben, Mißtrauen gegen Deutschland zu säen, indem ganz willkürlich von allen möglichen Kolonialprämissen des Reiches geredet wurde. So hat ein Berliner Blatt behauptet, Deutschland habe Absichten auf den belgischen Kongo. Von deutscher Seite ist diese Erfindung eines gewandten Journalisten sofort demontiert worden, und im belgischen Senat hat der Außenminister Spaal Gelegenheit genommen, sich auch seinerseits dazu zu äußern. Er hat dabei an die eindeutigen Erklärungen des Führers und des Reichsministers Dr. Goebbels erinnert, aus denen der Schatz zu ziehen sei, daß die verantwortlichen deutschen Kreise jeden Gedanken, an den belgischen Kongo zu rühren, ablehnen. Es war nämlich, daß der Leiter des kolonialpolitischen Büros der NSDAP, Reichsleiter General Ritter von Epp, die Gelegenheit einer Berliner Rundgebung dazu benutzte, um ganz klar festzustellen, daß die deutsche Kolonialforderung von der radikal einwandfreien Grundlage der Rückgabe des einstigen, uns entzogen den ausbrüchlichen Zusicherungen entzogenen Bestes ausgehe.

Im übrigen ist das Kolonialproblem auch von einer anderen Seite her in die internationale Erörterung hineingetragen worden. Polen hat wiederholt schon und auch jetzt wieder im Zusammenhang mit dem Delbos-Besuch in Warschau seinen Anspruch auf Kolonien angemeldet, den es mit der Größe seiner Bevölkerung und der Tatsache, daß Nationen von viel geringerer Volkszahl große Kolonialreiche besitzen, begründete. Hier wird also im Gegensatz zu dem deutschen „Restitutionsanspruch“ eine neue Kolonialforderung erhoben. Bezeichnend für das Rache- und Rauspilz, das die Kolonien besitzenden Nationen nun schon seit jeher in dieser Angelegenheit betrieben, ist die Meldung, daß Herr Delbos der befreundeten polnischen Regierung seine lebhafteste Sympathie zu dem Wunsch nach Kolonien ausgedrückt haben soll, allerdings mit dem Hinweis, aus französischem Besitz könnte er natürlich nicht befriedigt werden. Das entspricht der englischen Taktik. Auch da wird von verantwortlicher Regierungskreise ab und zu immer wieder versichert, man bezweifle vollkommen, daß Deutschland Kolonien haben möchte, aber von denen, die England einst dem Reich abnahm, werde man nichts wieder herausgeben. So wird der Streit zwischen den „Habenenden“ und den „Habenichtsen“ allerdings nicht geschlichtet werden können.

Dieserjenige, die sich seinerzeit unter dem harmlosen Schild von „Mandaten“ eine gewaltige Anreicherung ihres Kolonialbestandes verschafften und dabei, um ihrem Raube ein moralisches Mäntelchen umzuhängen, das Reich der Kolonialen Unfähigkeit bezichtigten, haben mit ihrer Mandatspolitik nicht gerade Vorbilder geerntet. Der Fall Palästina zeigt, daß England als Mandatsmacht in diesem Lande, in dem es allen etwas versprochen und seinem die Versprechung wirklich hielt, Schiffbruch zu leiden droht. Ähnlich scheint es Frankreich in Syrien zu ergehen. Durch die Auflösung der Sandshahfrage ist das französische Regime in diesem Mandatslande ernstlich bedroht. Kemal Atatürk hat seinen Gesandten genommen, sich über die Haltung Frankreichs gegenüber der Lösung dieses strittigen Problems recht wenig freundlich zu äußern, und die syrische Kammer hat die Anerkennung des neuen Statuts für den Sandshah abgelehnt. In Paris versucht man es nun mit Drohungen und erklärt, wenn Syrien die neue Ordnung im Sandshah nicht anerkenne, dann würde Frankreich den syrischen Unabhängigkeitsvertrag nicht ratifizieren. Die Lage ist gespannt, denn die Syrier sind der Ansicht, lieber den Vertrag mit Frankreich fallen zu lassen als die Herauspressung des Sandshahs aus dem syrischen Hoheitsgebiet zu billigen. Die französische Garnison von Damaskus befindet sich in Alarmbereitschaft und es sind Überwachungen möglich. Man sagt, die Verschleppungstaktik der Pariser Regierung in der Unabhängigkeitsfrage für Syrien erfolge auf Englands Betreiben, das ein freies Syrien in der Nachbarschaft Palästinas fürchte, weil es zu einem anti-englischen Agitationszentrum im Nahen Osten werden könnte. Auf jeden Fall ist die Lage dort etwas schwierig geworden. Die Türkei drängt auf die Erfüllung der Biltmorbundbeschlüsse über den Sandshah. Syrien widersteht sich, und Frankreich, Hand in Hand

mit England, möchte nun die Unabhängigkeitserklärung des Mandats Syrien rückgängig machen.

Mit Ägypten hat sich England vor längerer Zeit einigermassen geeinigt, indem es den dringendsten Forderungen der Nationalisten, in deren Händen jetzt die Regierungsgewalt liegt, nachgab. Man hat auf beiden Seiten Konzessionen gemacht. Dem äußersten nationalen Flügel in Ägypten genügt das Abkommen aber nicht und das, glücklicherweise erfolglos, Attentat auf den Vizekönig Nubascha war der Ausdruck der Unzufriedenheit mit der vermeintlichen allzu großen Nachgiebigkeit gegen England. Aber England, das ja im Interesse seiner Mittelmeeranbindung nach Indien gewisse militärische Konzessionen in Ägypten durchsetzen, steht deren absolute Wahrung für unerlässlich an und trifft Anstalten, auf ihrer Grundlage eine Stellung in Ägypten sehr solide zu befestigen. Es wird von großen Garnison- und Befestigungsbauten am Suez-Kanal berichtet, die der absoluten Sicherung dieser für das Empire so wichtigen Wasserstraße gelten sollen. England will 10 000 Mann Kanalschutztruppen dort unterbringen, wie man in London versichert, selbstverständlich nicht als Besatzungsarmee, sondern als Beitrag, den der große Ägypter Ägyptens zur Sicherheit des selbständig gewordenen Landes leistet.

gen, wie man in London versichert, selbstverständlich nicht als Besatzungsarmee, sondern als Beitrag, den der große Ägypter Ägyptens zur Sicherheit des selbständig gewordenen Landes leistet.

Inzwischen lebt der schon beinahe in Vergessenheit geratene Streit um die Regelung der Freiwilligenfrage in Spanien wieder auf. General Franco hat sich bereit erklärt, in die Zurückziehung von 3000 Freiwilligen einzuwilligen, wenn der nationalspanischen Regierung dafür die Rechte einer kriegsführenden Macht zurkannt werden. Er legt Wert auf die Gleichzeitigkeit beider Maßnahmen. Rotspanien, das ja von einer wirklichen Zurückziehung der Freiwilligen vor allem betroffen werden würde, macht Ausflüchte, um eine Entschädigung hinzuzulegen. So will es z. B. die aus Spanisch-Marokko stammenden maurischen Soldaten Francos als ausländische Freiwillige betrachtet wissen, während offenbar die aus aller Welt zusammengewürfelten Bestände der Internationalen Brigade, denen Rotspanien in Bauch und Bogen das „Bürgerrecht“ verlieh, als Spanier gelten sollen.

## Großrundgebung der nationalsozialistischen Musterbetriebe

Dr. Gupfauer meldet: 84 000 Betriebe im Leistungskampf - Dr. Ohnesorge bekennt sich für die Reichspost zum Leistungskampf - Dr. Lehnen ernannt 33 Betriebs- und Wirtschaftsführer zu Werkschwarzführern

DRB, Berlin, 9. Dezember. Die Deutsche Arbeitsfront veranstaltete am Donnerstagabend in der Reichshalle eine überaus eindrucksvolle Reichsrundgebung für den Leistungskampf der deutschen Betriebe. An der Spitze des Reichsleiters und Obmannes sämtlicher 80 nationalsozialistischen Musterbetriebe aus dem ganzen Reich mit ihren goldenen DAF-Fahnen teilnahmen.

In Laufe der Veranstaltung wurde bekanntgegeben, daß Dr. Lehnen als Betriebsführer und verantwortliche Männer der Organisation der gewerblichen Wirtschaft in Anerkennung ihrer erfolgreichen Bemühungen um enge Verbindung von Sozial- und Wirtschaftspolitik zu Werkschwarzführern ernannt hat.

Nachdem Gaußmann Spangenberg namens der Deutschen Arbeitsfront die Rundgebung eröffnet hatte, meldete Reichsamtseiler Dr. Gupfauer als Beauftragter für die Gesamtdurchführung des Leistungskampfes der deutschen Betriebe dem Reichsorganisationsleiter, daß sich am ersten Leistungskampf der deutschen Betriebe 84 567 Betriebe freiwillig beteiligt haben.

Reichspostminister Dr. Ing. h. c. Ohnesorge teilte mit, der Leistungskampf sei auch bei der Deutschen Reichspost freudig aufgenommen worden. Nach seinem Empfinden müsse es der Stolz jeder nationalsozialistischen Staatsverwaltung sein, unter dem Schutze der Bewegung in Reich und Glied mit den übrigen Teilen der großen Volksgemeinschaft den Zielen der Bewegung entgegenzumarshieren.

Reichsorganisationsleiter Dr. Lehnen, der eigens zur Teilnahme an dieser Rundgebung das Krankenbett verlassen hatte, wurde von den Massen mit stürmlichem Beifall begrüßt. In einer kurzen Ansprache dankte er allen, die an der Durchführung des Leistungskampfes beteiligt sind, und besonders auch denjenigen Betriebsführern, die es schon in der Vergangenheit als eine Selbstverständlichkeit ansehen, die Leistung in ihrem Bemühen zu steigern. Mit der Zeit werde ein gewaltiges und nützlichendes Werk aus diesem Leistungskampf hervorgehen, der nun Jahr für Jahr und Jahrsehnt für Jahrzehnte im eblen Beistand der Betriebe untereinander durchgeführt werden solle. „Ich sehe prophetisch voraus“, so erklärte Dr. Lehnen unter stürmischem Beifall, „daß die Zeit kommen wird, wo die gesamte deutsche Wirtschaft erfüllt sein wird von einem einzigen eblen Beistand der Deutschen untereinander, und daß man in Zukunft alles das, was wir heute noch als neuartig empfinden, als eine glatte Selbstverständlichkeit ansehen wird.“

## Betriebsappelle in 62 000 Betrieben!

DRB, Berlin, 9. Dezember. Am Montag, dem 12. Dezember 1937, werden sich in rund 62 000 Betrieben Deutschlands die Betriebsappelle zu einem Reichsbetriebstreffen versammeln. Die Parole, unter der diese Großaktion stattfinden, heißt: Reichsbetriebstreffen aller schaffenden Deutschen. Sie hat in Zusammenhang mit einem bevorstehenden Ereignis, das den Erwachsenen wie den Jugendlichen angeht.

Die Betriebsappelle fordern auf zur Teilnahme am Wettbewerb der Leistungen. Dabei geht es nicht nur um die Höchstleistung; jeder, der Meister, der Geselle, der Facharbeiter, der Un- und Angelernte, der Bediente, sie alle sollen unter Beweis stellen, daß sie den Wert haben, sich zu ihrem Beruf und zu ihren persönlichen Fähigkeiten zu bekennen.

Durch die Betriebsappelle in 62 000 Betrieben und in rund 4500 Wettampforten wird der politische Charakter des Reichsbetriebstreffens unterstrichen; denn das Volk ist es, das zum freiwilligen Messen der Kräfte aufruft. Das Volk braucht ja den Facharbeiter und den Handwerker mit seinen hervorragenden Fähigkeiten.

## Grand Prix für die DAF auf der Pariser Weltausstellung

DRB, Berlin, 9. Dezember. Das Internationale Preisgericht der Pariser Weltausstellung hat der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ für das Modell des im Bau befindlichen Seebades Rügen einen Grand Prix ausprochen. Das Modell zeigt die Gesamtanlage des Seebades bei Binz auf Rügen mit dem 10 Kilometer langen Strand sowie die vorbildlichen Einzelanlagen wie Theater, Kino, Räume und Bauten für gesellschaftliche Veranstaltungen. Die bekannt werden nach der Fertigstellung allmählich 20 000 Volksgenossen ihren Urlaub in dem Seebad Rügen verbringen, das mit dem Festland über den Rügendamms in unmittelbarer Eisenbahnverbindung steht.

Ein weiterer Grand Prix wurde für die vorbildliche Seebadanlage des „Kraft durch Freude“-Urlauber Schiffes „Wilhelm Gustloff“ ausprochen. Das Schiff ist zunächst mit 22 Rettungsbooten ausgestattet, von denen 20 durch Dieselmotor betrieben werden können; zwei dieser Rettungsboote sind mit Funk- u. Scheinwerferanlage versehen. Der Dampf des „Wilhelm Gustloff“ ist durch Doppelböden gegen Bodenberührung gesichert und außerdem durch säuberliche Quertürme in 13 wasserdichte Abteilungen geteilt. Auch das Oberdeck des Schiffes zeigt nur feuerfeste Quer- und Längswände und ist in allen übrigen Teilen durch unbrennbare Anstrichmittel gegen Feuer gesichert.

Daselbstes Schiff auch eine Goldene Medaille. Das Schiff ist mit seinen 25 000 Tonnen das fünfgrößte der deutschen Handelsflotte und hat für 1400 Urlauber Raum. Die Kabinenanlage besteht ausschließlich aus zwei- bis vierbettigen Kabinen.

## Sitzung des Reichskabinetts

DRB, Berlin, 9. Dezember. Das Reichskabinett trat am Donnerstagvormittag zu seiner letzten Sitzung in diesem Jahre zusammen, um eine Reihe von Gesetzesvorlagen zu beraten.

Zunächst wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung und Verwaltung der Danzestadt Hamburg angenommen, durch das nach Bildung der Einheitsgemeinde Hamburg die Abgrenzung zwischen der staatlichen Verwaltung (bzw. dem Reich) und der Gemeindeverwaltung vorgenommen wird.

Ein Gesetz zur Verlängerung der Vorschriften über die Reichsfluchtsteuer schließt einige Lücken auf diesem Gebiete und verlängert die Geltungsdauer des Gesetzes um ein weiteres Jahr.

Ein Gesetz über die 31. Änderung des Besoldungsgesetzes, durch das gewisse Änderungen bei der Abgrenzung zwischen einigen Besoldungsgruppen herbeigeführt werden, trägt einigen im Laufe der Zeit entstandenen Bedürfnissen verschiedener Reichsverwaltungen Rechnung.

Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Sparkassen und Girokassen, kommunale Kreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen vom 13. Dezember 1934 wird die Geltungsdauer dieses Gesetzes bis zum 31. Dezember 1939 verlängert.

Das Reichskabinett gab schließlich einem Gesetz über die Gewährung von Entschädigungen bei der Einstellung oder dem Uebergang von Vermögen seine Zustimmung, durch das Entschädigungen für solche Personen festgesetzt werden, die durch die Eingliederung staatsfeindlichen Vermögens oder durch den Uebergang von Vermögen der früheren Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerverbände auf die Deutsche Arbeitsfront einen mittelbaren Vermögensnachteil er-